



vorwärts:

roter ADLER

HERAUSGEGEBEN VOM SPD-LANDESVERBAND BRANDENBURG

NOVEMBER 2009



Gut gelaunt in die neue Legislatur: Das SPD-Minister-Quintett mit Günther Baaske, Jutta Lieske, Rainer Speer, Martina Münch und Holger Rupprecht.

Minister-Benennung mit Überraschungseffekt

SPD-Quintett ist jünger und weiblicher geworden

Ein wenig knisterte sie schon, die Stimmung beim „kleinen SPD-Parteitag“ am 28. Oktober in Potsdam. Mit Spannung warteten führende Genossen aus allen Regionen Brandenburgs nicht nur auf die Diskussion und die Vorstandsempfehlung zum Koalitionsvertrag. Gleich zu Anfang würde Parteichef Matthias Platzeck schließlich auch das bis dato gut gehütete Geheimnis seiner neuen Ministerriege lüften. Mancher heiße Tipp machte im Vorfeld unter Landräten, UB-Vorsitzenden, Landesvorstands- und Landesausschuss-Mitgliedern die Runde.

War die Ressortverteilung und der Ministerien-Zuschnitt zwischen SPD und Linken durch die Presse schon an die Öffentlichkeit geraten, blieb das personelle Überraschungsmoment allein dem Landesvorsitzenden vorbehalten. Und es sollte vor allem bei einem von zwei neuen Gesichtern in der künftigen SPD-Ministerriege zünden: Die Verwaltungswirtin Jutta Lieske aus Letschin (MOL), seit 2004 Landtagsabgeordnete, wird künftig das neu strukturierte Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft leiten. „Die Überraschung hat nicht nur bei vielen Genossen, sondern insbesondere auch bei mir selbst gesessen“, lachte

die 48-Jährige nach dem Minister-Schnapsschuss für den Roten Adler. Ihre neue Aufgabe sei gleichermaßen anspruchsvoll und thematisch hochinteressant. „Ich nehme die Herausforderung gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit mit meinem zuständigen Staatssekretär Jörg Vogelsänger.“

Ebenfalls neu am Kabinetttisch sitzt die Cottbuserin Dr. Martina Münch, die gemeinsam mit Staatssekretär Martin Gorholt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung, Kultur übernimmt. Mit Günther Baaske besetzt derweil ein „alter Bekannter“ den Chefessel des Arbeits- und Sozialministeriums. Ihm zur Seite steht mit Dr. Wolfgang Schröder der dritte Neue unter den Staatssekretären. Ein eingespieltes Duo führt mit Holger Rupprecht und Burkhard Jungkamp die Arbeit im Bildungsressort fort, während Rainer Speer und Rudolf Zeeb zusammen vom Finanzins Innenministerium wechseln. Neuer Chef der Staatskanzlei wird der bisherige Abteilungsleiter für Regierungsplanung, Albrecht Gerber. Tina Fischer, bis dato wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, übernimmt das Amt der Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten.

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,



am Wahlabend des 27. September hatten wir Brandenburger Sozialdemokraten ein lachendes und ein weinendes Auge. Letzteres, weil wir bei der Bundestagswahl dem bundesweiten Trend zum Opfer fielen und die Hälfte unserer Bundestagsabgeordneten verloren haben. Umso höher ist der Erfolg unserer Brandenburger SPD bei der Landtagswahl einzuschätzen. Wir haben es geschafft, gegen den Bundestrend zuzulegen und einen klaren Regierungsauftrag der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu erhalten. Dies ist der SPD in letzter Zeit in keinem anderen Bundesland mehr gelungen.

Die anschließenden Sondierungsgespräche, die wir sowohl mit der CDU als auch mit der Linkspartei geführt haben, waren kompliziert. Jedes einzelne Mitglied der Sondierungskommission hatte eine schwierige Entscheidung zu treffen. Dabei haben wir uns einzig und allein davon leiten lassen, was für die Zukunft Brandenburgs wichtig und richtig ist. Brandenburg braucht auch in den kommenden fünf Jahren eine stabile Regierung. Die Sondierungsgespräche mit der CDU haben uns deutlich gemacht, dass dies mit der noch immer innerlich zerrissenen Union nicht möglich gewesen wäre.

Wir haben uns mit der Linkspartei auf einen guten Koalitionsvertrag geeinigt, der eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Alle Kernforderungen, mit denen wir im Landtagswahlkampf über die Marktplätze gezogen sind, konnten im Koalitionsvertrag verankert werden. Wir halten Wort, sei es beim Betreuungsschlüssel in den Kitas, den wir sowohl im Bereich der unter Dreijährigen als auch bei den Drei- bis Sechsjährigen verbessern oder bei den 1.250 neuen Lehrern, die wir neu einstellen. Wir führen das Schüler-BAföG ein und bringen ein Mindestlohngesetz auf den Weg. Wir bleiben der heimischen Braunkohle treu und verstärken den Ausbau regenerativer Energien.

Matthias Platzeck hat deutlich gemacht: Mit der SPD wird es keine Experimente geben. Koalitionen sind in einer Demokratie keine Liebesheirat, sondern Bündnisse auf Zeit. Jeder, der den Koalitionsvertrag liest, wird feststellen, dass die Brandenburger SPD auch in den nächsten fünf Jahren die dominierende Kraft in der Regierung bleibt.

Euer
Klaus Ness

ViSP:
Lars Krumrey
Alleestraße 9
14469 Potsdam

Tel.: 03 31/73 09 80-0
Fax: 03 31/73 09 80-60

Brandenburg

SPD

Matthias Platzeck: „Der Weg der Versöhnung ist für unser Land besser als der Weg der verhärteten Konfrontation“

Roter Adler: *Der Entschluss, in Brandenburg Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei zu führen, hat eine breite Debatte ausgelöst. Haben Sie damit gerechnet?*

MP: Ich weiß, dass die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei nicht bei allen Brandenburger Sozialdemokraten auf Zustimmung stößt. Es ist eine notwendige Debatte, die ich gerade jetzt, genau zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution in der DDR, sehr begrüße. Die Diskussion kann unsere Gemeinschaft nur stärken.

Hat die Brandenburger SPD ihre Koalitionsabsicht vor der Wahl verheimlicht?

Ganz klar: nein. Wir haben im Wahlkampf stets betont, nach dem 27. September mit allen in Frage kommenden demokratischen Partnern zu verhandeln. Eine Koalitionsaussage haben wir ausdrücklich nicht getroffen. Alle Wählerinnen und Wähler wussten, dass auch die Linkspartei für uns ein denkbarer Koalitionspartner ist. Auch die CDU wusste das. Jetzt ist es so gekommen. Das ist das legitime Ergebnis einer gewissenhaften politischen Abwägung.

Die CDU behauptet, die Entscheidung sei ein „Verrat“ an den Werten von 1989...

Nichts weniger als das. Wir verfolgten 1989 überall in Europa das Ziel, endlich in „ganz normalen“ freiheitlichen Demokratien leben zu können. Wir haben seinerzeit auch die SED aufgefordert, sich freien Wahlen zu stellen. Bei allen früheren Verletzungen und bleibenden Narben, die mir keineswegs fremd sind: Zum Leben in der freiheitlichen und pluralistischen Demokratie gehören die Bereitschaft und die Fähigkeit, eben nicht mehr in den Freund-Feind-Kategorien der Diktatur zu denken. Gegen dieses Denken richtete sich die Revolution von 1989 doch gerade!

Wie wichtig ist Versöhnung für unsere Demokratie?

Ich meine: Gerade hierauf kommt es jetzt an. Demokratie ist auch eine Geisteshaltung, die Dazulernen, Läuterung, positive Entwicklung stets für möglich hält und immer

anstrebt. Demokraten geht es nicht um „Rache“ – es geht ihnen um Integration, um Einbeziehung, um zweite Chancen. Wo solche zweiten Chancen aufgegriffen und wahrgenommen werden, tun überzeugte Demokraten gut daran, guten Willen zu honorieren. Demokratie heißt auch, die bisherige Opposition in die Pflicht und Verantwortung zu nehmen. „Nein“-Sagen reicht jetzt nicht mehr.

Steht jetzt eine „Schlussstrichkoalition“ auf der Tagesordnung?

Im Gegenteil: Wir werden uns mit der DDR-Geschichte weiter auseinandersetzen. Die aktuellen Diskussionen sind dafür von elementarer Bedeutung. Die Lebenswirklichkeit und das politische System der DDR werden in unseren Schulen künftig stärker kritisch zum Thema gemacht. Das Land wird einen Stasi-Beauftragten bekommen. Der Landtag hat bereits beschlossen, dass die Abgeordneten des nun gewählten Landtages auf ihre Vergangenheit überprüft werden.

Sind bei der Entscheidung für oder gegen die Linkspartei als Partner der SPD nur historische Faktoren von Bedeutung?

Gerade nicht! Ebenso wichtig für unsere Koalitionsentscheidung waren zukunftsbezogene Gründe. Die Gespräche haben gezeigt, dass es für uns Sozialdemokraten mit der Brandenburger Linkspartei in vielen Fragen der praktischen Politik derzeit eine deutlich größere Übereinstimmung gibt als zwischen uns und der CDU. Das betrifft beispielsweise Fragen der sozialen Gerechtigkeit, den Mindestlohn, das Schüler-BAföG oder gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Die CDU fand sich in diesen Punkten zwar widerstrebend zu Formelkompromissen bereit, war aber nicht mit Überzeugung bei der Sache.

Welche Rolle spielte die Situation der CDU?

Auch das war von Bedeutung. Die Brandenburger Christdemokraten befinden sich bekanntermaßen in einer komplizierten Umbruchsitu-



Groß ist in den vergangenen Wochen das mediale Interesse an der Regierungsbildung von Parteichef Matthias Platzeck gewesen.

ation. Der – bei allen inhaltlichen Differenzen, die wir hatten – stets verlässlich agierende Jörg Schönbohm tritt in seinen verdienten Ruhestand. Unsere Sondierungsgespräche mit der CDU ergaben deutliche Anzeichen dafür, dass die Partei aufgrund ihrer ungeklärten inneren Konstellation ein unsicherer Koalitionspartner sein könnte. Angesichts der schwierigen Entscheidungen der kommenden Jahre braucht Brandenburg aber Stabilität.

Wie reagiert die Wirtschaft auf die aktuelle Entwicklung?

Sehr gelassen – zu recht. Da und dort ist zwar die Vermutung formuliert worden, als Regierungspartei könnte sich die LINKE wirtschaftsunfreundlich gebärden. Ich bin jedoch sicher, dass dies nicht der Fall sein wird. Keine andere Partei steht auf diesem Gebiet so sehr unter Beobachtung wie die Linkspartei. Auch dort begreift man: Was immer verteilt werden soll, muss zunächst erwirtschaftet werden. Deshalb wird auch die nächste Landesregierung

die Wirtschaftsförderung nach dem bewährten Prinzip „Stärken stärken“ betreiben, unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen energisch unterstützen und zukunftssträchtige Unternehmen von den Vorzügen Brandenburgs überzeugen. Auch die Modernisierung der Verwaltung wird systematisch fortgesetzt.

Können Sie die zum Teil geäußerten Bedenken der Menschen verstehen?

Insgesamt bedeutet eine Koalition mit der Linkspartei für manche bei uns in Brandenburg eine ungewohnte, auch eine zunächst beunruhigende Aussicht. Doch der Weg der Versöhnung ist für unser Land besser als der Weg der verhärteten Konfrontation. Allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gebe ich mein Wort: Unverantwortliche Experimente wird es nicht geben. Ich bitte alle darum, die künftige Landesregierung an ihrem konkreten Handeln zu messen. Dann wird sich zeigen: Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer ist Brandenburg auf einem guten Weg.

SPD setzt alle Kernforderungen durch

Ende Oktober haben sich SPD und Linkspartei auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, der eindeutig die sozialdemokratische Handschrift trägt. Schon in der Präambel wird klar, dass die Koalition mit der Linkspartei keinesfalls das Ende der Aufarbeitung des DDR-Unrechts bedeutet.

So heißt es im gemeinsamen Text wörtlich: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie.“ Zugleich erkennt die Linkspartei die großen Aufbauleistungen der „von der SED seit 1946 unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie“ für Brandenburg an.

Neben der Vergangenheitsbewältigung stehen die wichtigen Zukunftsaufgaben für Brandenburg im Vordergrund. SPD und Linke wollen

gemeinsam regieren, „damit unser Land erfolgreich auf dem bisher Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise meistern und seinen Weg in eine gute Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger fortsetzen kann.“ Beide Partner setzen sich für eine moderne, vorsorgende Sozialpolitik ein, die den strukturellen Wandel nicht nur möglichst erträglich gestalten, sondern diesen vor al-

lem „zum Anknüpfungspunkt neuer Aufstiegschancen“ gestalten möchte. Deshalb setzt die neue Landesregierung vor allem weiterhin auf eine gute Bildungspolitik, die „so wenig wie möglich von sozialer und regionaler Herkunft“ abhängen darf.

Um dies alles zu erreichen, wurden im Koalitionsvertrag alle Kernforderungen der SPD aus dem Landtagswahlkampf erfüllt (siehe Infokasten).

Die SPD hält Wort. Alle Kernforderungen aus dem Wahlkampf werden erfüllt:

- Der Betreuungsschlüssel in den Kitas wird auf 1:6 im Bereich der unter Dreijährigen und auf 1:12 bei den Drei- bis Sechsjährigen verbessert. Dafür investiert das Land 33 Millionen Euro.
- Brandenburg stellt 1.250 neue Lehrerinnen und Lehrer ein und setzt das Ganztagschulprogramm fort.
- Das Schüler-BAföG wird eingeführt, um Kindern aus ärmeren Familien den Weg zum Abitur zu ermöglichen. Der Schulsozialfonds wird fortgesetzt.
- Ein Mindestlohngesetz wird eingeführt, damit öffentliche Aufträge nur dann vergeben werden können, wenn Tarifbindung besteht oder zumindest die Zahlung von Mindestlöhnen garantiert ist.
- „Netzwerke Gesunde Kinder“ und „Lokale Bündnisse für Familien“ werden flächendeckend ausgebaut.
- Brandenburg baut auch in Zukunft auf die heimische Braunkohle und wird den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter konsequent fördern.

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Brandenburg

Termin: Samstag, 28. November 2009, 10.00 Uhr – 15.00 Uhr
Ort: Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, 14478 Potsdam

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung, Detlef Baer, AfA Landesvorsitzender
2. Wahl des Präsidiums
3. Grußworte
4. Konstituierung, Formalia
5. „Aktuelle Herausforderungen an die SPD im Zeichen der Krise“
Rückblick und Ausblick auf die Politik für Brandenburg
Klaus Ness SPD Generalsekretär
6. „Uneins – aber einig?“ Das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften
Doro Zinke, Stv. DGB Bezirksvorsitzende
- 7–9. Bericht zur Arbeit der AfA, Diskussion und Entlastung
Detlef Baer, AfA Landesvorsitzender
10. Vorstandswahlen
11. Anträge
12. Schlusswort der/des neuen AfA Landesvorsitzenden

Die ausführliche Tagesordnung ist zu finden unter www.afa-brandenburg.de oder kann beim Landesverband unter 03 31-730 98 00 abgefordert werden.

31 Köpfe für eine gute SPD-Landespolitik

Landtagsfraktion zählt sieben „neue“ Gesichter / Platzcek, Bischoff und Baaske holten die besten Direktwahlergebnisse

Matthias Platzcek und seine 30 Mitstreiter in der neuen SPD-Landtagsfraktion. Der Landesvorsitzende holte mit 46,2 Prozent das beste Direktwahlergebnis in Brandenburg.



Matthias Platzcek



Elisabeth Alter



Günter Baaske



Detlef Baer



Mike Bischoff



Klaus Bochow



Reinhold Dellmann

Potsdam. Auch wenn sie zahlenmäßig um zwei Sitze geschrumpft ist, startet die SPD-Fraktion im neuen Fünf-Parteien-Parlament gestärkt in die neue Legislaturperiode des Brandenburger Landtages. Die Sozialdemokraten stellen nach dem deutlichen Wahlsieg vom 27. September mit 31 von 88 Abgeordneten „traditionsgemäß“ die größte Fraktion. Aus ihren Reihen ist bei der konstituierenden Landtagsitzung am 21. Oktober Gunter Fritsch als Präsident bestätigt worden.



Kerstin Kircheis



Udo Folgart



Gunter Fritsch



Klara Geywitz



Werner-Siegwart Schippel



Martina Gregor-Ness

Die neuen Abgeordneten

Neu auf den SPD-Abgeordnetenbanken sitzen sieben Männer: Holger Rupprecht, Manfred Richter und Sören Kosanke haben ihr Direktmandat gewonnen. Detlef Baer, Klaus Ness, Reinhold Dellmann und Rainer Speer sind über die Liste eingezogen.



Thomas Günther



Sieglinde Heppener



Ralf Holzschuher



Sören Kosanke



Andreas Kuhnert



Sylvia Lehmann

Die herausragenden Ergebnisse

Das beste Erststimmen-Resultat bei der Landtagswahl hat mit 46,2 Prozent der Landesvorsitzende Matthias Platzcek (UM I) eingefahren. Auf den Plätzen zwei bis fünf folgen „Nachbar“ Mike Bischoff (UM II – 44,4), Günter Baaske (PM II – 41,8), Udo Folgart (HVL I – 34,7) und Dietmar Woidke (SPN I – 34,7).

Politik für Generationen

Mehr als 40 Lebensjahre liegen zwischen Sieglinde Heppener (75) als der reifsten und Sören Kosanke als dem jüngsten Mitglied (32) der SPD-Fraktion. Der Durchschnitt aller Mitglieder liegt übrigens bei knapp über 51 Jahren.

Die Nachrücker

Für Martin Gorholt (Staatssekretär MfW-FK) und Tina Finscher (Staatssekretärin für Bundesanliegenheiten) sind Barbara Hackenschmidt (EE) und Kerstin Kircheis (CB) über die Liste in die Fraktion gerückt.



Jutta Lieske



Susanne Melior



Martina Münch



Klaus Ness



Barbara Hackenschmidt



Manfred Richter



Holger Rupprecht



Christoph Schulze



Alwin Ziel



Rainer Speer



Britta Stark



Dietmar Woidke



Frank-Walter Steinmeier hat den WK 61 (Brandenburg, HVL III, PM I, TF I) mit 32,9 Prozent der Stimmen sicher für sich entschieden. Er führt die Opposition des Deutschen Bundestages als Fraktionschef der Sozialdemokraten an.



Andrea Wicklein musste am 27. 9. lange um das Direktmandat in ihrem WK 62 (Potsdam, PM II, TF II) bangen. Erst in den Nachtstunden zog sie mit dem Minimalvorsprung von 195 Stimmen und 28,7 Prozent nach vorn.



Dr. Peter Danckert ist im Wahlkreis 63 (LDS, TF III, OSL I) ohne Zitterpartie ausgekommen. Sein Sieg war mit 32,4 Prozent (Vorsprung mehr als 6 Prozent) der deutlichste aller fünf Brandenburger MdB.



Angelika-Krüger Leißner kann ebenfalls ihre Arbeit in Berlin fortsetzen. Ihr Direktmandat im WK 59 geriet trotz engen Wahlausgangs nicht in Gefahr. 29,2 Prozent bedeuteten 1,5 Punkte vor der CDU-Konkurrenz.



Dagmar Ziegler ist neben Frank-Walter Steinmeier die zweite Neue in der Landesgruppe. Nach engen Wahlstunden setzte sich die Landessozialministerin a. D. mit 32,1 Prozent durch. Sie ist stellvertretende Fraktionschefin.

Brandenburger führt die SPD-Bundestagsfraktion

Berlin. Nach einem extrem spannenden Wahlkampf-Abend liegen große Erleichterung und bittere Enttäuschung ganz nah unter den märkischen Bundestagskandidaten. Dass die Landesgruppe nach 20 Jahren Dominanz mit fünf Politikern gerade noch die Hälfte der Mitglieder der Vergangenheit zählt, hat unter den Brandenburger Sozialdemokraten für große Bestürzung gesorgt. So schafften es neben den Debütanten Ravindra Gujjula und Thomas Zenker auch die erfahrenen MdB Markus Meckel, Steffen Reiche und Jörg Vogelsänger nicht, sich gegen den miesen Bundestrend durchzusetzen.